

## POLITISCHE BILDUNG IM DEUTSCHSCHWEIZER LEHRPLAN (LEHRPLAN 21)

**Béatrice Ziegler**

*Pädagogische Hochschule der FHNW  
Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik  
am Zentrum für Demokratie Aarau  
21, Küttigerstrasse  
CH-5000 Aarau  
Beatrice.Ziegler@fhnw.ch*

---

**Key-words:** *Politische Bildung, Deutschschweizer Lehrplan, Schweizerisches Bildungssystem, Kompetenzen, Wissen*

**Abstract:** *Die Chancen, die sich für die Integration der Politischen Bildung in den schulischen Alltag aus dem Projekt des Deutschschweizer Lehrplans ergeben, stehen im Zentrum dieses Beitrags. Menschenrechte und Demokratie sind die Schlüsselbegriffe, mit deren Hilfe die Politische Bildung in ein Teilprojekt des Deutschschweizer Lehrplans, genannt Bildung und Nachhaltige Entwicklung, integriert wird. Dabei stellt sich die Frage, wie die Logiken der Politischen Bildung angesichts der strukturellen Zwänge, die sich der Deutschschweizer Lehrplan auferlegt, respektiert werden können.*

---

Am 18. März 2010 verabschiedete die Plenarversammlung der deutschsprachigen EDK-Regionen den Grundlagenbericht zum Deutschschweizer Lehrplan. Damit wurden die wesentlichen Prinzipien der Ausgestaltung des zukünftigen ersten einheitlichen Lehrplans für die Kantone der deutschsprachigen Schweiz festgelegt.<sup>1</sup> Am 24. Juni dann gab das Projekt Deutschschweizer Lehrplan bekannt, dass der Entscheid, den Lehrplan auszuarbeiten, nun definitiv gefällt worden sei, dass diese Ausarbeitung im Herbst 2010 beginnen solle und dass gleichzeitig entsprechende Strukturen geschaffen würden, nämlich eine Konferenz der Erziehungsdirektoren der deutschsprachigen Kantone mit einem entsprechenden Sekretariat.<sup>2</sup> Damit hatte in der deutschsprachigen Schweiz nach dem Projekt HarmoS<sup>3</sup> das zweite Projekt, das auf die Annahme der Revision des Bildungsartikels der Schweizerischen Bundesverfassung 2006 durch die schweizerischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und damit auf deren Wunsch nach einer Vereinheitlichung wesentlicher Aspekte des schweizerischen Schulsystems reagierte, eine erste Etappe zurückgelegt.<sup>4</sup>

Der im März beschlossene Grundlagenbericht zum Lehrplan sieht zum ersten Mal für alle deutschschweizerischen Kantone explizit Politische Bildung vor. Sie wird nicht ein Fach und erhält keine Stundendotation, aber ist ausgewiesen als zu unterrichtender Gegenstand. Damit reagiert die Planung in den deutschschweizerischen Kantonen einerseits auf die schweizerischen Ergebnisse von Schülerinnen- und Schülererhebungen im europäischen Vergleich, die unterdurchschnittliches Wissen und hinsichtlich der Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten problematische Haltungen ergaben.<sup>5</sup> Andererseits berücksichtigt diese Planung europäische Bemühungen einer Aktivierung der Mitglieder der Zivilgesellschaft über Politische Bildung. Diese sind von der Überzeugung diktiert, dass nur mit engagierten und informierten Mitgliedern der Zivilgesellschaft ein friedliches Zusammenleben und ein funktionierender demokratischer Staat für die Zukunft gesichert werden können.<sup>6</sup>

Die erhoffte und an sich erfreuliche Neuerung wird erst in ihrem konkreten Gewand des verabschiedeten Lehrplans zeigen können, ob der jetzt sich eröffnende Weg der Integration von

Politischer Bildung in den Lehrplan wirklich zu einer Förderung der politischen Kompetenz zukünftiger Schülerinnen und Schüler bzw. zukünftiger Mitglieder der Zivilgesellschaft führen kann und wird. Noch ist dieser Weg steinig. Warum?

### **1. Struktureller Rahmen von Politischer Bildung im Lehrplan**

Der im März 2010 verabschiedete Grundlagenbericht macht einerseits inhaltliche Festlegungen für den künftigen Lehrplan und andererseits prozessuale Vorgaben für seine Erarbeitung. Aus den Bestimmungen sei hier das Tableau der Fächer bzw. Fachbereiche vorgestellt. Es zeigt, dass die obligatorische Schulzeit in drei Zyklen unterteilt ist. "Schulsprache", Mathematik, Musik, Bewegung und Sport laufen durch diese Zyklen hindurch. Die 1. Fremdsprache setzt mit der dritten, die 2. Fremdsprache mit der fünften Klasse ein. Gestalten wird ab der dritten Klasse aufgeteilt in Bildnerisches auf der einen und Textiles und Technisches Gestalten andererseits, für die auch die jeweiligen Fachbereiche definiert sind. Grundsätzlich werden vom 1. zum 3. Zyklus die Fachbereiche zunehmend ausdifferenziert, aber für die Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften gilt für den 1. und 2. Zyklus ein einziger Fachbereich "Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG)". Selbst im 3. Zyklus werden wissenschaftliche Disziplinen und schulische Themenfelder zu Fachbereichen zusammengefasst. Für die Fächer und Fachbereiche werden Planungsvorgaben hinsichtlich der für sie vorgesehenen Stundenzahlen in den einzelnen Zyklen gemacht.

### **2. [Abbildung Fachbereiche LP 21, Grundlagenbericht S. 17]**

Neben den Fächern und Fachbereichen nennt der Grundlagenbericht "überfachliche Themen". Sie sollen einen Beitrag an die überfachlichen Kompetenzen leisten und in die Fächer und Fachbereiche integriert werden. Es handelt sich um folgende Themen: Berufliche Orientierung, ICT und Medien, Demokratie und Menschenrechte, Gender und Gleichstellung, Gesundheit, Globale Entwicklung und Frieden, Kulturelle Identität und interkulturelle Verständigung, Umwelt und Ressourcen, Wirtschaft und Konsum.

Zentrale Kritikpunkte in der Vernehmlassung zum Grundlagenbericht richteten und richten sich zum einen darauf, dass eine Einigung darüber, ob Französisch oder Englisch als erste Fremdsprache gelernt werden soll, nicht erzielt werden konnte. Zum andern wurde die Festlegung der Fachbereiche in unterschiedlichster Art kritisiert. Auch beanstandet wurden die vorgesehenen Zeitfenster für die jeweiligen Fächer und Fachbereiche.

### **3. Tücken der Einarbeitung von Politischer Bildung in den Lehrplan**

Der Grundlagenbericht stellt dar, welches "überfachliche Themen" sein und wie sie in den Lehrplan integriert werden sollen.<sup>7</sup> Das uns hier interessierende Begriffspaar ist "Demokratie" und "Menschenrechte". Die Themen werden angebunden an disziplinäre Traditionen, im Falle des genannten Begriffspaares wird explizit an "politische Bildung" angeknüpft. Diese Festlegung ist mehr, als in den meisten Kantonen bisher explizit an Politischer Bildung gefordert wurde.<sup>8</sup> Dennoch ist die strukturelle Einbindung der Politischen Bildung in den Lehrplan nicht ohne Tücken, wie in den folgenden Punkten andiskutiert wird.

1. Wie erwähnt ist ein Bündel sogenannter "überfachlicher Themen" vorgesehen, die in die Fachbereiche und Fächer integriert werden sollen. Sie erhalten entsprechend also nicht eigene Gefässe und Stunden. Grundsätzlich lässt sich wohl festhalten, dass Inhalte, wenn sie nicht als Fächer oder mindestens Fachverbindungsanteile und ohne Stundendotation in einem zukünftigen Lehrplan vorgesehen sind, das Risiko laufen, in der Konkretisierung wieder vergessen zu gehen. Als "überfachliche Themen" sind – neben separat behandelten Themen wie ICT und Medien sowie Berufliche Orientierung – mit der Politischen Bildung die Gesundheitsbildung, das Globale Lernen und die Umweltbildung vorgesehen. Diese Lerngegenstände weisen eine äusserst unterschiedliche Qualität auf. Sie benötigen spezifische

Formen der Thematisierung, damit ihr Potential entfaltet werden kann. Dessen ungeachtet werden sie zusammengefasst unter dem Label "BNE+", also unter "Bildung für Nachhaltige Entwicklung", wobei das "+" bereits andeutet, dass die Politische Bildung mehr schlecht als recht unter ein Dach von BNE gestellt werden kann. Denn: Politische Bildung bezweckt die Befähigung zur Teilhabe an öffentlichen Prozessen der Aushandlung von allgemeinverbindlichen Regelungen; sie orientiert diese Befähigung gerade nicht normativ, weder auf Nachhaltigkeit noch etwa auf Partizipationsverpflichtungen oder ähnliches (vgl. weiter unten).

2. Die Bezeichnung der Lerngegenstände als "Themen" wird der Disziplin Politische Bildung in keiner Weise gerecht. Die disziplinäre Fortentwicklung von einer früheren Staatskunde zur Politischen Bildung zeigt sich nicht nur in einer Verschiebung bzw. Ausweitung von allfälligen Wissensbeständen von Institutionen des Staates auf zivilgesellschaftliche Akteure und Prozesse, sondern auch und vor allem in einer Verschiebung von Wissensinhalten zu Handlungsbefähigungen. Solche sind allerdings in einem Gefäss "überfachliche Themen" nur schwer unterzubringen. Zudem – und dies verursacht dann doch Irritation – taucht an anderer Stelle des Grundlagenberichts explizit die Staatskunde wieder auf – darauf wird zurückzukommen sein.

3. Der Lehrplan wird kompetenzorientiert angelegt werden. Allerdings sind die Bezüge des Grundlagenberichts nicht kohärent, die auf Kompetenzmodelle verweisen, wie sie in der Fachliteratur vorgestellt und in den letzten Jahren ausgedehnt diskutiert worden sind.<sup>9</sup> Für die "überfachlichen Themen" wurde ursprünglich vorgegeben, es sei ihr Beitrag an die überfachlichen Kompetenzen auszuweisen, was dann fallen gelassen wurde. Vor allem aber seien keine fachspezifischen Kompetenzen aufzubauen. Dies ist aus Sicht der Politischen Bildung zu kritisieren. Nicht nur wird ihr damit die Fachlichkeit bestritten (dieser wohnen zwingend die Definition und die Förderung fachlicher Kompetenzen inne), sondern es wird auch signalisiert, dass es um Inhalte, nicht aber um Fähigkeiten und Fertigkeiten noch um die disziplinäre Förderung von Haltungen geht.

4. Im übrigen zeigt die Vorstellung, dass die "überfachlichen Themen" mit "Subthemen" (also z.B. Menschenrechte) in die Fachbereiche integriert werden und damit im Lehrplan ihre gebührende Berücksichtigung finden sollen, die grundsätzliche Schwierigkeit, in einem Lehrplan den politischen, gesellschaftlichen und fachdidaktisch-pädagogischen Anliegen gleichzeitig gerecht zu werden. Im Falle der "überfachlichen Themen", die in "BNE+" zusammengefasst werden, führt diese Idee dazu, dass die Art der Integration in den Lehrplan den integrativen Charakter dieser Zugänge nicht repräsentiert, was letztlich in die Verstümmelung des fachlichen Verständnisses der integrierten "Subthemen" einzumünden droht. Dies sei für den Fall der Politischen Bildung, der etwas anders liegt als derjenige der mit ihr zusammengebundenen "überfachlichen Themen", kurz erläutert: Die Theoretikerinnen und Didaktiker der Politischen Bildung sind sich einig, dass ein schulisches politisches Lernen in einem Umfeld stattfinden muss, das erlaubt, die geforderten fachlichen Kompetenzen zu erwerben, einzuüben und weiter zu entwickeln. Dazu gehört die Fähigkeit, Fertigkeit und Bereitschaft sich zugunsten allgemeingültiger Regelungen zumindest dort einzubringen, wo die unmittelbare Betroffenheit einsichtig und erfahrbar ist – für Schülerinnen und Schüler also insbesondere in der Schule selbst. Daraus folgt zwingend, dass ein Lehrplan, dem die Förderung der politischen Bildung ein Anliegen ist, Aussagen zu machen hat über die (politischen) Prinzipien der Schulorganisation, etwa über die Partizipation von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern bei der Ausgestaltung und beim Betrieb der Schule, und über die Formen und Gefässe, in denen diese partizipative Struktur und Entscheidungswege eingelassen zu sein hätten. Der Grundlagenbericht äussert sich zu derartigen Anforderungen nicht und riskiert so, dass Politische Bildung, angesiedelt z.B. im Fachbereich Räume, Zeiten, Gesellschaften, als Aufforderung zur Einforderung eines Bestandes fachlichen Wissens verstanden werden könnte.

#### **4. Der "Leitfaden BNE+" und die Arbeit der Expertinnen und Experten**

Die Ausarbeitung der "überfachlichen Themen" wurde im "Projekt Deutschschweizer Lehrplan" einem Mitglied der Projektleitung als Koordinator übertragen. Die Besetzung der Funktion mit einem international anerkannten Experten von Bildung und Nachhaltiger Entwicklung brachte die entsprechende Expertise in das "Projekt Deutschschweizer Lehrplan". Dieser stellte eine Gruppe von Expertinnen und Experten zusammen, die als Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen "Themen" agieren, die Auseinandersetzung mit der Frage der Kompetenzen respektive mit den philosophischen Grundlagen, Begründungen und Umsetzungen von Nachhaltigkeit bzw. von Bildung und Nachhaltigkeit leisten sollen.

Die Bildung einer solchen Gruppe ist das Resultat der Verhandlungen zwischen einigen Bundesämtern (BAfU, BAG, DEZA, FRB/EDI) und dem "Projekt Deutschschweizer Lehrplan". Die Bundesämter hatten das Gespräch gesucht, weil sie sicher gehen wollten, dass in den neu zu schaffenden sprachregionalen Lehrplänen die Bildungsanliegen integriert würden, die einerseits durch Setzungen in der Bundesverfassung gestützt sind (etwa Nachhaltigkeit<sup>10</sup>) und auf deren Integration in die Schule sich andererseits Bund und Kantone in internationalen Vereinbarungen verpflichtet hatten. Die Expertinnen und Experten sind aus diesem Grund 'ihren' Bundesämtern verpflichtet und ihre Arbeit ist von diesen finanziert, andererseits sind sie vertraglich in das "Projekt Deutschschweizer Lehrplan" integriert. Die Bestimmungen der Vereinbarungen sehen vor, dass Expertinnen und Experten ihre Stellungnahmen formulieren, die Ausarbeitung von Papieren, die in das "Projekt Deutschschweizer Lehrplan" integriert werden, aber dem Koordinator der Gruppe der Expertinnen und Experten, also dem Mitglied der Projektleitung, obliegt.

In der Phase der Arbeit am, der Vernehmlassung zu und der Beschlussfassung über den Grundlagenbericht zum "Lehrplan 21" sollte die Gruppe der Expertinnen und Experten einen Leitfaden zu den "überfachlichen Themen" zuhanden der Fach- bzw. Fachbereichsgruppen erarbeiten. Ihnen, so die Vorstellung, sollte ein Leitfaden an die Hand gegeben werden, der sie mit den wesentlichen Informationen zur Integration der "überfachlichen Themen" alimentieren würde. Diese Idee ist von der "Projektleitung Deutschschweizer Lehrplan" auch nach dem Wechsel der Leitung grundsätzlich bestätigt worden. Im Verlaufe des Prozesses kam aber weiter die Anforderung dazu, dass der Leitfaden so gestaltet werden müsse, dass das politische Gremium, das die Papiere autorisiert, mit kurzer Lektüre beurteilen kann, ob es seine Zustimmung geben wolle.

Welches das Gremium sein würde, das im Prozess der Ausarbeitung des "Lehrplans 21" die Papiere autorisieren sollte, war zu Beginn der Arbeit noch nicht geklärt. Im Verlauf des ersten Halbjahres 2010 entschied sich dann die Plenarversammlung der deutschsprachigen EDK-Regionen dafür, selbst Einsicht in die Dokumente zu nennen und in diesem Gremium die Papiere zu autorisieren. Dies hatte Rückwirkungen auf den zu erarbeitenden Leitfaden. Wurde bislang davon ausgegangen, dass die Adressatinnen und Adressaten, also die Teams der Fächer und Fachbereiche, zwar gerade nicht unbedingt mit den Lerngegenständen der "überfachlichen Themen" vertraut sind, es sich hingegen sehr wohl um Fachleute hinsichtlich des Lehrens und Lehrens in der Schule handelt, kam nun eine neue Gruppe von Adressatinnen und Adressaten hinzu. Diese befassen sich mit bildungspolitischen Vorgängen; sie orientieren sich an der politischen und öffentlichen Diskussion über Schule und beachten die politischen Strömungen, die unterschiedliche Auffassungen über Gestaltung von Schule und dortigem Lernen guthessen. Sie wägen politisch ab, inwiefern Papiere bei ihrer Wählerbasis bzw. einer vermuteten Mehrheit von Stimmberechtigten Zustimmung erlangen oder nicht. Diese Lektüre orientiert sich dann häufig an verbalen "essentials" oder "no gos", politisch unverzichtbaren Nennungen von Inhalten oder Ausrichtungen also oder politisch nicht akzeptabel scheinenden ('Reiz'-)wörtern. Es ist kein Geheimnis, dass für einen wichtigen Teil der politischen Landschaft BNE ein Reizwort darstellt. Die Gestaltung des Leitfadens für die "überfachlichen Themen", die möglicherweise unglücklicherweise mit "BNE+" gelabelt wurden, ist deshalb eine besondere Herausforderung.

## **5. Die Vorstellungen der Gruppe der Expertinnen und Experten für den "Leitfaden BNE+"**

Nachdem die Expertinnen und Experten aufgefordert waren, den Beitrag 'ihres' "überfachlichen Themas" zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung und zu den überfachlichen Kompetenzen darzulegen und daraus die Integration in die Fächer bzw. Fachbereiche zu entwerfen, musste vorerst in der Gruppe entwickelt werden, welches Verständnis von BNE von den Vertretungen der einzelnen "Themen" mitgetragen werden konnte.<sup>11</sup> Gerade die Politische Bildung hatte dabei Probleme. Es wurde schliesslich zum einen akzeptiert, dass Politische Bildung mit den normativ gesetzten Inhalten "Menschenrechte" und "Demokratie" Thematisierungen vornimmt, die auch im Konzept der Nachhaltigkeit Bedeutsamkeit haben, indem sie dort als normativ gesetzte und globalgesellschaftlich einzufordernde und zu verteidigende Voraussetzungen für die politische Beachtung von Nachhaltigkeit als Orientierung politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Handelns Geltung haben. Es wurde zum anderen respektiert, dass sich Politische Bildung darin nicht erschöpft und sich keinesfalls darauf reduzieren liesse. Diese Grundsatzdiskussionen erforderten Zeit. Sie waren der Tatsache geschuldet, dass die "überfachlichen Themen" nicht für sich alleine formuliert werden sollten sondern 'im Paket'.

Die Ausarbeitung des Leitfadens, dessen Verschriftlichung wie erwähnt beim Koordinator der Gruppe liegt, folgte der Vorstellung, dass der Leitfaden ein Arbeitsinstrument zuhanden der Gruppen werden sollte, die die konkreten Lehrplanarbeiten vornehmen würden. Die Fächer- und Fachbereichsgruppen sollten für ihre Arbeit verstehen, welchen Logiken die "überfachlichen Themen" folgen, welchen Inhalt sie umfassen, welche Fertigkeiten, Fähigkeiten und Haltungen gefördert und aufgebaut werden sollten und zu welchem Zwecke dies geschehen sollte. Dabei wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass die "überfachlichen Themen" für sämtliche Fächer und Fachbereiche anschlussfähig sind und sein sollen.

Die Erwartung der Expertinnen und Experten, dass die Kompetenzen ihres "überfachlichen Themas" zusammen mit den aus der Logik des Faches mehr oder weniger schlüssig abgeleiteten Inhalten im Leitfaden Eingang finden sollten, um die Anforderungen an den Unterricht in den Fachbereichen zu erklären, wurde negiert. Die "Projektleitung Deutschschweizer Lehrplan" vertritt die Auffassung, dass die Fächer- und Fachbereichsgruppen einer zu komplexen Aufgabe gegenüber stehen würden, wenn sie neben der Orientierung auf ihre eigenen fachlichen Kompetenzen auch deren Verbindung mit den fachlichen Kompetenzen der "überfachlichen Themen" bewerkstelligen müssten. Diese Auffassung teilt die Expertinnen- und Expertengruppe nicht, da die Kompetenzen der "überfachlichen Themen" in vielerlei Hinsicht anschlussfähig sind bzw. die "Fachgruppen"-Kompetenzen meist um wenige, aber zentrale Dimensionen erweitern.

Die schliessliche Integration der "überfachlichen Themen" in den Lehrplan soll ab dem Herbst 2010 durch die Fächer- und Fachbereichsgruppen erfolgen. Spezielle Gruppen von Fachleuten aus der Schule und aus Pädagogischen Hochschulen werden dann die kompetenzorientierte Gestaltung und inhaltliche Füllung der Fachbereiche oder Fächer vornehmen und dabei die "überfachlichen Themen" integrieren. Dazu hatten die Expertinnen und Experten eine Serie von "Subthemen" 'ihres' "überfachlichen Themas" zu definieren, womit aus "BNE+" den Ausarbeitenden des Lehrplans gegenwärtig 27 "Subthemen" mitgeteilt werden sollen. Auch wenn die Erwartung besteht, dass die "überfachlichen Themen" überall Berücksichtigung finden sollen, wird doch vorgeschlagen, dass von den Expertinnen und Experten benannt werden soll, wo die Integration vorrangig zu geschehen habe. Diese Anforderung ist neben anderen gegenwärtig Gegenstand von Diskussion, weil die Expertinnen und Experten die Auffassung vertreten, dass zum einen damit das Potential ihrer "Themen" verschenkt werde und so die Fachbereiche um Chancen gebracht würden, zum anderen haben sie die Befürchtung, dass damit die "überfachlichen Themen" über die "Subthemen" an einem Ort angehängt würden und im übrigen unberücksichtigt blieben.

Für die Politische Bildung ist die Nähe zum Fachbereich Zeiten, Räume, Gesellschaften (Sek I) bzw. die Zugehörigkeit zur Fachbereichsgruppe der natur- und geisteswissenschaftlichen Fächer an sich evident. Gerade deshalb ist es von Bedeutung, dass der Grundlagenbericht in der Kurzpräsentation des Inhalts von Zeiten, Räume, Gesellschaften die "Staatskunde" namentlich aufführt.<sup>12</sup> Sie öffnet so der Integration der Politischen Bildung als längst überwunden geglaubte Institutionenkunde Tür und Tor und begünstigt damit die Vernachlässigung der zentralen Logik der Politischen Bildung, nämlich die Befähigung zur zivilgesellschaftlichen (und auch auf den Staat ausgerichteten) Partizipation. Sie droht damit also zum einen die Ebene des Politischen auf den Staat und die formale Politik zu reduzieren, zum anderen Partizipation erneut ausschliesslich zu übersetzen in Akte des Abstimmens und Wählens. Damit verliert die Politische Bildung nicht nur die fächerübergreifende Dimension (s.o.), sondern droht im Fachbereich auch zu einem Wissensgegenstand zu verkümmern.

## **6. Politische Bildung in der Schweiz - Lehrplanarbeit als Definitionsprozess**

Die Integration der Politischen Bildung in den "Deutschschweizer Lehrplan" hat nicht nur ihre Tücken wegen der Vorstellung der Projektleitung hinsichtlich ihrer Einordnung, sondern auch, weil bis anhin ein Konsens in der deutschsprachigen Schweiz über die Definition der Politischen Bildung nicht explizit formuliert war, geschweige dass ein genügender Austausch zwischen den Sprachregionen auch die Klärung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten in den Konzeptionen zu Politischer Bildung und *Education à la Citoyenneté* erlaubt hätte. Eine sogenannte "Echogruppe", die Vertreter wichtiger Strömungen und Orte der Politischen Bildung in der deutschsprachigen Schweiz zusammengeführt hat, machte sich denn auch daran, in der knappen, zur Verfügung stehenden Zeit ein Grundlagenpapier in Kurz- und Langfassung zu formulieren, das der Arbeit in der Gruppe "BNE+" Rückhalt und Orientierung geben konnte.<sup>13</sup> Dies konnte in der kurzen Zeit nur deshalb erreicht werden, weil drei der vier Mitglieder bereits in der Erarbeitung einer Handreichung für Lehrkräfte intensive Diskussionen geführt hatte, und der vierte über andere Diskussionsrunden am Prozess der Verständigung beteiligt gewesen war.<sup>14</sup> Es darf aber nicht übersehen werden, dass der disziplinäre Definitionsprozess in der Schweiz erst begonnen hat. Es bedarf noch einiger Anstrengung, um Lehrpersonen gute Hilfen und Unterrichtsangebote auf den Zeitpunkt der Einführung des "Lehrplans 21" bereit zu stellen.

## **7. Ausblick**

Ein Bericht aus einem laufenden Prozess hat den Nachteil, dass er von den Entwicklungen bis zum Zeitpunkt der Drucklegung in der Regel zumindest zum Teil überholt wird. Es war ursprünglich das Ziel, bis zum Herbst 2010, wenn am 27. Oktober mit einem Kick-off-Meeting die Fächer- und Fachbereichsteams ihre Arbeit offiziell aufnehmen, den "Leitfaden BNE+" zu bereinigen und zu veröffentlichen. Nach intensiver Arbeit der Expertinnen und Experten machte sich im Sommer 2010 die Projektleitung daran, ihre Vorstellungen in einem Papier zu formulieren, das dann wieder zu den Expertinnen und Experten zurückkam und dann verabschiedet werden sollte. Dieser Zeitplan konnte nicht realisiert werden, weil die Vorstellungen der Projektleitung und der Expertinnen und Experten nach wie vor zu weit auseinander liegen, als dass ein Konsens bislang gefunden werden konnte. Es ist zu hoffen, dass die verbleibenden Probleme bei der Integration der "überfachlichen Themen" gelöst werden können und ein Leitfaden verfasst werden kann, der sowohl die fachlichen Ansprüche der Expertinnen und Experten zu befriedigen vermag als auch die politischen Rahmenbedingungen der Erarbeitung des "Lehrplans 21" in geeigneter Weise aufzunehmen imstande ist. - Ausserdem ist zu wünschen, dass es bei der Möglichkeit der Beratung der Fachbereichsteams durch die Expertinnen und Experten bleibt, die von der Projektleitung zugesichert worden ist. Mit einer solchen Entwicklung ist dem Anliegen, Politische Bildung in die Schulen zu bringen, wohl am besten gedient.

HarmoS- Bildungs- bereiche	Fachbereiche Lehrplan										
	1. Zyklus			2. Zyklus			3. Zyklus				
	K1	K2	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Sprachen	Schulsprache (Deutsch)										
	1. Fremdsprache (F oder E)										
	2. Fremdsprache (F oder E)										
Mathematik u. Naturwissen- schaften	Mathematik										
Sozial- und Geisteswissen- schaften	Natur und Technik (mit Physik, Chemie, Biologie)										
	Wirtschaft, Arbeit, Haushalt (mit Hauswirtschaft)										
	Räume, Zeiten, Gesellschaften (mit Geografie, Geschichte)										
Musik, Kunst und Gestaltung	Ethik, Religionen, Gemein- schaft (mit Lebenskunde)										
	Bildnerisches Gestalten										
	Gestalten Textiles und technisches Gestalten										
Bewegung und Gesundheit	Musik										
	Bewegung und Sport										
Zusätzliche kantonale Bildungsangebote											
Überfachliche Kompetenzen Personale, soziale und methodische Kompetenzen											
Überfachliche Themen											

**Grafik 1:** Die Struktur des Lehrplans 21

Anhang 1: Kurzfassung des Grundsatzpapiers der "Echogruppe" Politische Bildung, verfasst von Béatrice Ziegler, Rolf Gollob, Christian Graf und Volker Reinhardt, vom 9. Mai 2009.

**Politische Bildung**  
**Zentrale Anliegen für die Stellungnahmen**  
 zum Deutschschweizer Lehrplan  
 Fächer übergreifende Themen BNE+

Es ist sehr erfreulich, dass Politische Bildung im Deutschschweizer Lehrplan explizit ein Fächer übergreifender Bildungsbereich wird. Die Nachachtung, die den Menschenrechten und der Demokratie in der politischen Aushandlung immer neu verschafft werden muss, erfordert politisch kompetente Mitglieder unserer Gesellschaft.

Der Gegenstand der Politischen Bildung ist der gesellschaftliche und politische Aushandlungsprozess, in dem ungleiche Akteure (Interessen, Werthaltungen, Einfluss, Macht) ihre Vorstellungen konfliktiv (Konflikt/Konsens) durchzusetzen versuchen.

Politische Bildung ist deshalb geeignet, Themen von BNE (gesellschaftlich wie global unterschiedlich beurteilte und priorisierte Probleme), deren Regelung hohe Bedeutung zukommt,

im schulischen Zusammenhang zu thematisieren und zu bearbeiten. **Jugendliche lernen so, diesbezügliche Sach- und Werturteile beziehungsweise Haltungen zu entwickeln.**

Politische Bildung ist auf drei Handlungsebenen angelegt: die Schule als Ganzes, die Klasse und der ausserschulische Bereich. **Deshalb sollen ihre Prinzipien im Lehrplan auf allen Ebenen beschrieben und festgehalten werden.**

**Politische Bildung** trägt dank ihrer aufklärerischen Wurzeln Erhebliches bei zu **überfachlichen Kompetenzen**. So trägt Politische Bildung etwa zum Aufbau von Selbst- und Sozialkompetenz bei, da diese und die politische Entscheidungs- und Handlungskompetenz enge Verwandtschaft besitzt. Im Lehrplan soll die Nähe politischer und überfachlicher Kompetenzen, aber auch die Unterschiede benannt werden.

Schule und Klasse als **demokratisches und menschenrechtliches Übungsfeld** (z.B. Klassenrat, Schulparlament, aber auch Alltagsregelungen etc.) ist wichtig. Schulleitungen sollen explizit auf ihre diesbezügliche Aufgabe, einer solchen Schulorganisation, hingewiesen werden. Das Übungsfeld führt aber nur zu politisch kompetenten Jugendlichen, wenn diese **Praxis durch die Reflexion auf der Basis der Politischen Bildung** bearbeitet wird. Dies muss im Lehrplan deutlich gemacht werden.

Da gesellschaftliche und politische Aushandlungsprozesse, also die politische Verfasstheit und das politische Geschehen historisch wandelbar und räumlich unterschiedlich und global verknüpft sind, soll **Politische Bildung disziplinar eng an Geschichte bzw. den Bereich Raum und Zeit angeschlossen** werden. Dem ist auch in der Stundendotation des Faches Rechnung getragen werden. Hier sollen disziplinäre Grundlagen des politischen Wissens und Verständnisses gelegt werden. Gerade in diesem Bereich ist die **Demokratie** als historisch begründet, sich verändernd und als immer wieder neu zu schaffen begreifbar zu machen. **Menschenrechte** müssen als Produkt einer historischen Entwicklung bzw. eines permanenten Kampfes um ihre Durchsetzung vermittelt werden.

Es sollen **Themen und Prinzipien der Politischen Bildung präzise in Geschichte bzw. Raum und Zeit wie in allen anderen Fächern bzw. Bereichen** eingefügt und mit deren Ausrichtung verbunden werden. Insbesondere geeignet dafür sind, neben **Raum und Zeit, Ethik, Religionen, Gemeinschaft** sowie **Naturwissenschaften und die Erstsprache**. Auch dies soll im Lehrplan explizit gemacht werden.

---

<sup>1</sup> [www.lehrplan.ch](http://www.lehrplan.ch). Mitteilung vom 23. März 2010. Besucht 27. Juni 2010.

<sup>2</sup> Mitteilung vom 24. Juni 2010. [www.lehrplan.ch](http://www.lehrplan.ch). Besucht am 27. Juni 2010.

<sup>3</sup> HarmoS ist ein interkantonales Konkordat. Es harmonisiert die Dauer und die wichtigsten Ziele der Bildungsstufen sowie deren Übergänge. <http://www.edk.ch/dyn/11659.php>. Besucht am 28. Juni 2010.

<sup>4</sup> Die Arbeiten am Pendant für die französischsprachige Schweiz, dem Plan d'études romand (PER), sind weiter gediehen. Dort befindet man sich zur gleichen Zeit in der Phase der Konkretisierung. <http://www.ciip.ch/index.php?m=3&sm=3&page=3>. Besucht 28.06.2010.

<sup>5</sup> Die sogenannte IEA-Studie zur Politischen Bildung. Vgl. Amadeo, J.-A., Torney-Purta, J., Lehmann, R., Husfeldt, V., & Nikolova, R.: Civic Knowledge and Engagement: An IEA Study of Upper Secondary Students in Sixteen Countries. Amsterdam: IEA, 2002. Für die schweizerischen Ergebnisse vgl. Fritz Oser, Horst Biedermann (2003): Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern. Zürich/Chur: Rüeeggler. Die ICCS-Studie von 2009 zeigt nun unter anderem, dass die Unterschiede bei den deutschschweizerischen Schülerinnen und Schüler im politischen Verstehen hoch sind und dass mehr als ein Viertel von ihnen ein ungenügendes Verständnis von Politik hat. Biedermann, Horst, et al.: Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen: Zur Wirksamkeit politischer Bildung in der Schweiz. Ein Vergleich mit 37 anderen Ländern. (ICCS - Internationale Civic and Citizenship Education Study 09). MS.



---

<sup>6</sup> Vgl. die Aktion des Europarates: [http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/default\\_en.asp](http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/default_en.asp) und ebenso das Europäische Jahr der Politischen Bildung der Europäischen Union: <http://www.sbf.admin.ch/edc/html/main-d.html>.

<sup>7</sup> Geschäftsstelle der deutschsprachigen EDK-Regionen: Grundlagen für den Lehrplan 21, verabschiedet von der Plenarversammlung der deutschsprachigen EDK-Regionen am 18. März 2010, S. 22. <http://web.lehrplan.ch/sites/default/files/Grundlagenbericht.pdf>.

<sup>8</sup> Der Zentralschweizerische Lehrplan hat Politische Bildung integriert; der zürcherische und bernische Lehrplan wurden durch einen Zusatz zu "Politischer Bildung" ergänzt. Die aktuell geltenden kantonalen Lehrpläne können auf <http://www.lehrplan.ch/?q=node/11> eingesehen werden.

<sup>9</sup> Es erfolgen Verweise auf Franz E. Weinert und eine Publikation des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen von 2003. Allerdings werden die Überlegungen verkürzt bzw. eklektizistisch rezipiert und eingeführt. [www.lehrplan.ch/sites/default/files/Grundlagenbericht.pdf](http://www.lehrplan.ch/sites/default/files/Grundlagenbericht.pdf): Geschäftsstelle der deutschsprachigen EDK-Kantone. Grundlagen für den Lehrplan 21, verabschiedet von der Plenarversammlung der deutschsprachigen EDK-Regionen am 18. März 2010.

<sup>10</sup> Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, Artikel 2. [www.admin.ch/ch/d/sr/101/index.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/101/index.html)

<sup>11</sup> Die Gruppe ging dabei von der Definition von Nachhaltigkeit im Brundtland-Bericht aus: "Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können." Brundtland-Bericht 1987, deutsch: Hauff, Volker (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp, 1987.

<sup>12</sup> Grundlagenbericht zum Deutschschweizer Lehrplan, verabschiedet am 18. März 2010. Mitteilung vom 23. März 2010. [www.lehrplan.ch](http://www.lehrplan.ch).

<sup>13</sup> Im Anhang ist die Kurzfassung des Grundlagenpapiers, mit dem auch die Fachstelle für Rassismusbekämpfung als zuständiger Bundesstelle für Politische Bildung bedient wurde, wiedergegeben.

<sup>14</sup> Rolf Gollob, Christian Graf und Béatrice Ziegler erarbeiteten zusammen mit Susanne Gattiker und Bruno Bachmann die Handreichung für Lehrpersonen: Gollob, Rolf, et. al.: Politik und Demokratie - leben und lernen. Bern: schulverlag, 2007. Volker Reinhardt gab zusammen mit Dirk Lange ein Handbuch zur Politischen Bildung heraus, in dem verschiedene Autorinnen und Autoren aus der Schweiz, u.a. Béatrice Ziegler, Aufsätze verfassten. Lange, Dirk / Reinhardt, Volker (Hg.): Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Basiswissen Politische Bildung. 6 Bde. Hohengehren, Baltmannsweiler: Schneider, 2007. Volker Reinhardt und Béatrice Ziegler engagierten sich gemeinsam in einem Socrates-Comenius-Projekt zum Schülerwissen zur EU (TEESAEC). Vgl. [www.fhnw.ch/ph/pbgd/Projekte](http://www.fhnw.ch/ph/pbgd/Projekte). Alle diese Arbeiten ergaben Möglichkeiten zur Klärung des Verständnisses von Politischer Bildung.